



Einfacher Bebauungsplans Nr. 56 "Südliche Zeller Straße" der Gemeinde Schäftlarn gemäß § 13a BauGB

Der Bebauungsplans Nr. 56 "Südliche Zeller Straße" umfasst die innerhalb des gekennzeichneten Geltungsbereichs liegenden Flurstücke und Teilflächen von Flurstücken.

Aufgrund der §§ 2, 9, 10 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB), der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt die Gemeinde Schäftlarn

diesen Bebauungsplan Nr. 56 "Südliche Zeller Straße" als **Satzung**.

Festsetzungen durch Planzeichen und Text (I)

1. Maß der baulichen Nutzung, Baugrenzen, Bauweisen, Wohneinheiten

- 1.1 Maß der baulichen Nutzung**
- 1.1.1** Zulässige **Grundflächenzahl (GRZ)**, hier z.B. 0,25:
- 1.1.1.1** Für die Errichtung von **Balkonen und Terrassen** ist eine Überschreitung der in Ziffer 1.1.1 festgesetzten GRZ um 10% zulässig.
- 1.1.1.2** Die in Ziffer 1.1.1 festgesetzte GRZ darf gemäß §19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO durch die **Grundflächen der Anlagen gemäß § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO** bis zu maximal 50% überschritten werden. Über § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO hinaus ist für die Errichtung von **Zufahrten auf folgenden Grundstücken** eine Überschreitung der GRZ wie folgt zulässig:
Baufeld 06: Überschreitung der festgesetzten GRZ um 47%
Baufeld 25: Überschreitung der festgesetzten GRZ um 76%
Baufeld 27: Überschreitung der festgesetzten GRZ um 96%
Die Gesamtgrundflächenzahl von 0,8 darf nicht überschritten werden.
- 1.1.2** Zulässige Anzahl der oberirdischen **Vollgeschosse**:
 2 Vollgeschosse zulässig
I+U: 1 Vollgeschoss plus 1 Untergeschoss im Gelände; Das Untergeschoss (U) darf auf der Handseite mit der Oberkante des Fertigfußbodens des Obergeschosses (I) maximal 1,20m über das natürliche Gelände ragen.
- 1.1.3** Maximal zulässige **Wandhöhe (WH)** in Meter: 6,30m
Die Wandhöhe (WH) wird gemessen zwischen der Oberkante (OK) des Fertigfußbodens (FF) im untersten Vollgeschoss bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Oberkante der Dachhaut.
Die OK FF ist so zu situieren, dass die in der Planzeichnung festgesetzten Bezugshöhen um nicht mehr als 0,30m überschritten werden. Abweichungen von der festgesetzten Bezugshöhe können in den Baufeldern Nr. 01 bis 03 sowie Nr. 28 bis maximal 0,50m ausnahmsweise zugelassen werden, wenn diese in Folge von Grundstücksteilungen zur besseren Einbindung der Gebäude in das Gelände erforderlich werden.
- Bezugshöhe für die Situierung der OK FF im untersten Vollgeschoss in Meter über Normalhöhennull (NHN), z.B. 679,8
- 1.2 Bau- und Nutzungsgrenzen, Bauweise, Mindestgrundstücksgröße, Wohneinheiten, Baukörperform**
- 1.2.1** Grenze der überbaubaren Grundstücksflächen (**Baugrenze**)
- 1.2.2** Abgrenzung von Baugrundstücken: Umgrenzung von flurgrenzenübergreifenden Flächen, die bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche als ein Baugrundstück anzusetzen sind.
- 1.2.3** Im gesamten Geltungsbereich gilt die **offene Bauweise**. Zulässig sind nur Einzel- und Doppelhäuser.
- 1.2.4** Die **Mindestgröße** für Baugrundstücke beträgt für Einzelhäuser 600 m² und für Doppelhäuser 800 m². Im Baufeld 25 ist trotz geringfügiger Unterschreitung der Mindestgrundstücksgröße die Errichtung eines Doppelhauses zulässig.
- 1.2.5** Zulässige Anzahl an **Wohnungen in Wohngebäuden**: pro Einzelhaus sind 2 Wohneinheiten, pro Doppelhaushälfte 1 Wohneinheit zulässig.
- 1.2.6** Im Baufeld Nr. 22 findet § 4 Abs. 1 der Örtlichen Bauvorschrift zur Ortsgestaltung der Gemeinde Schäftlarn in der Fassung vom 22.04.2020 keine Anwendung.

3. Verkehrsflächen

- 3.1** Öffentliche Verkehrsfläche mit Straßenbegrenzungslinie
- 3.2** Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten (GFL) zugunsten der Nutzungsberechtigten der anliegenden, nicht an die öffentliche Verkehrsfläche angrenzenden Grundstücke belastete Fläche

4. Grünordnung

- 4.1** **Private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Durchgrünung, Klimaschutz, Wasserspeicher und Hangsicherung"**
Die bestehenden Gehölz- und Gartenflächen sind zu erhalten und fachgerecht zu pflegen. In Gehölzflächen mit erhöhtem Fichtenanteil sind klimaresistente Laubholzarten zu fördern. Ausfallende Gehölze sind spätestens in der nächsten Vegetationsperiode zu ersetzen. Art und Umfang der Ersatzpflanzung richtet sich nach § 6 der kommunalen Baumschutzverordnung.
- 4.2** Der Baumbestand außerhalb der gemäß Ziffer 4.1 gekennzeichneten Flächen ist entsprechend der Baumschutzverordnung der Gemeinde Schäftlarn in der jeweils gültigen Fassung zu erhalten. Für Bäume, die trotz der Einhaltung der DIN 18920 nicht erhalten werden können, ist eine entsprechende Ersatzpflanzung vorzusehen. Art und Umfang der Ersatzpflanzung richtet sich nach § 6 der Baumschutzverordnung.
- 4.3** Alle unbebauten Flächen der Baugrundstücke sind, soweit sie nicht als Verkehrs-, Wege- oder Terrassenfläche genutzt werden, vollständig zu bepflanzen oder einzusäen und dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Flächen mit Kunstrasen, Schotter, Kies oder ähnlichem Belag insbesondere in Kombination mit nicht durchwurzelbaren Folien sind unzulässig. Stellplätze, Zufahrten und Gehwege sind in dauerhaft wasserdurchlässiger Bauweise zu errichten (z. B. mit Rasenfugenpflaster, Pflaster mit offenen Fugen – Fugenanteil > 10 %, Rasengittersteinen oder Schotterrasen).
- 4.4** Einfriedungen sind sockellos mit einem Bodendurchlass von mindestens 10cm auszuführen.

5. Abstandsflächen

- 5.1** Im Geltungsbereich sind die **Abstandsflächen** gemäß der "Satzung der Gemeinde Schäftlarn über die Tiefe der Abstandsflächen" in der Fassung vom 27.01.2021 zu bemessen.

6. Bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungsgefahren

- 6.1 Schutz von Gebäuden:** Gebäude im Geltungsbereich des Bebauungsplans sind konstruktiv so zu gestalten, dass sie bis mind. 0,25m oberhalb des Geländes gegen eindringendes Oberflächenwasser geschützt sind. Öffnungen (Kellerfenster, Türen, Be- und Entlüftungen, Mauerdurchleitungen etc.) sind entsprechend dicht zu gestalten. Zum Schutz vor eindringendem Abwasser aus der Kanalisation in tiefliegende Räume sind geeignete Schutzvorkehrungen vorzusehen, z. B. Hebeanlagen oder Rückschlagklappen.
In Wohngebäuden, die aufgrund der Hanglage ins Gelände einschneiden, müssen Fluchtmöglichkeiten in höhere Stockwerke bzw. Bereiche vorhanden sein. In öffentlichen Gebäuden müssen zudem öffentlich zugängliche bescholtene Fluchtmöglichkeiten in höhere Stockwerke oder Bereiche vorhanden sein.
- 6.2 Tiefgaragen:** Tiefgaragenzufahrten sind bis zu einer Höhe von mindestens 0,25m über Fahrbahnoberkante so zu gestalten, dass Oberflächenwasser nicht eindringen kann. Tiefgaragen sind wasserdicht auszuführen. Die DIN 18195 mit DIN 18533 ist zu beachten. Schleppwasser ist in Verdunstungsrinnen zu fassen. Auf das LfU-Merkblatt 4.3/15 mit dazugehörigem Schreiben in Anlage 1 wird verwiesen.

7. Sonstiges

- 7.1** Grenze des räumlichen **Geltungsbereiches** des Bebauungsplans
- 7.2** Verbindliche Maße, Angabe in Meter
- 7.3** Es gilt die Satzung über die Herstellung von **Stellplätzen (Stellplatzrichtlinien)** der Gemeinde Schäftlarn in der jeweils gültigen Fassung.

Hinweise durch Planzeichen und Text

- 1.** Grundstücksgrenze mit Flurnummer und Gebäudebestand gemäß Digitaler Flurkarte, Stand 2022
- 2.** Geländehöhen Bestand in NHN (gemäß Vermessung durch Gemeindeverwaltung vom 19.04.2023) und Höhenlinien gemäß Bayerischer Vermessungsverwaltung (WMS, Stand 2023, Höhenlinienabstand 5,00m)
- 3.** **Bodendenkmäler:** Sollten während der Bauphase bisher unbekannte Bodendenkmäler zutage treten, unterliegen diese der Meldepflicht gemäß Art. 8 Abs. 1 bis 2 DSchG.
- 4.** **Bodenschutz:** Der belebte Oberboden und ggf. kulturfähige Unterboden sind zu schonen, getrennt abzutragen, fachgerecht zwischenzulagern, vor Verdichtung zu schützen und möglichst wieder seiner Nutzung zuzuführen.
- 5.** **Altlasten:** Hinsichtlich eventueller Untergrundverunreinigungen wird auf die Mitteilungspflicht gemäß Art. 1 BayBodSchG) hingewiesen.
- 6.** **Abwasser:** Die Abwasserbeseitigung hat den allgemeinen Regeln der gültigen Entwässerungssatzung der Gemeinde und den anerkannten Regeln der Abwassertechnik zu entsprechen. Können diese Regeln nicht eingehalten werden, ist eine wasserrechtliche Genehmigung einzuholen.
- 7.** **Niederschlagswasser:** Das anfallende Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zu versickern. Die Versickerungsanlagen sind nach bau- und planungstechnischen Gesichtspunkten gemäß DWA-A138 und DWA-M102 zu planen. Die Anforderungen an das erlaubnisfreie schadlose Versickern von gesammeltem Niederschlagswasser sind der Niederschlagswasserfreistellungsverordnung - NWFreiV - und den dazugehörigen technischen Regeln zum schadlosen Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser in das Grundwasser - TRENGW - zu entnehmen.
- 8.** **Gefährdung durch Oberflächenwasser:** Aufgrund der potentiellen Gefährdung von wild abfließendem Oberflächenwasser bei Starkregen wird empfohlen, den Abschluss einer Elementarschadensversicherung zu prüfen.
Nachteilige Veränderungen des Oberflächenabflusses für angrenzende Bebauung und Grundstücke durch Baumaßnahmen sind nicht zulässig (§ 37 WHG). Geländeveränderungen (Auffüllungen, Aufkantungen etc.), die wild abfließendes Wasser aufstauen oder schädlich umlenken können, sind unzulässig.
Auf Grundstücken mit einer abflusswirksamen (befestigten) Fläche von größer 600 m² ist mit einem Überflutungsanweisung nach DIN 1986-100 eine Drittbearbeitung zu prüfen. Der Nachweis ist dem Landratsamt München vorzulegen.
- 9.** **Grundwasser / Hangschiehtwasser:** Angaben zum Vorkommen von Grund- oder Hangschiehtwasser liegen nicht vor. Sollte während der Bauphase Grund- oder Hangschiehtwasser erschlossen werden, ist eine wasserrechtliche Genehmigung beim Landratsamt München zu beantragen.
- 10.** **Artenschutz (I):** Für Gehölzschnittmaßnahmen und Baumfällungen ist der grundsätzliche Verbotszeitraum des § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG (01.03.-30.09.) zu beachten. Ausnahmen sind nur in den unter § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG genannten Fällen zulässig.
- 11.** **Artenschutz (II):** Vor Umbau oder Erweiterung von Bestandsgebäuden sind diese durch einen Fachgutachter auf das Vorkommen von Fledermaus- oder Brutvogelquartieren hin zu untersuchen. Sollten Fledermäuse nachgewiesen werden können, sind entsprechende Vermeidungsmaßnahmen zum Schutz der Individuen in Zusammenarbeit mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde München durchzuführen. Die genannten Gutachten und Nachweise sind dem Antrag auf Baugenehmigung beizulegen.
Der besondere Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG ist stets zu beachten und eigenverantwortlich umzusetzen.
- 12.** **Artenschutzrechtliche Belange (III):** Zum Schutz der nachtaktiven Insekten sind bei Beleuchtung der Grundstücksflächen ausschließlich "insektenfreundliche" Lampen mit einem Spektralbereich > 400nm (z.B. LEDs) zu verwenden, die aufgrund ihrer Lichtfrequenz keine Lockwirkung auf Insekten haben. Um Streulicht nach oben und zur Seite zu vermeiden, sind die Strahler in Richtung Boden auszurichten und mit Ringblenden zu versehen. Darüber hinaus ist auf eine dichte und langlebige Ausführung des Gebäudes zu achten, so dass keine Insekten in das Innere der Lampe gelangen können.
- 13.** **Artenschutzrechtliche Belange (IV):** Zum Schutz von Vögeln ist bei Glasflächen, welche eine Fläche von 6 m² überschreiten, auf Markierungen oder andere Methoden zurückzugreifen, welche eine Anflugrate von unter 10% aufweisen. Es wird hierbei auf Studien der Wiener Umweltanwaltschaft zum Thema Vogelanflug verwiesen (<http://wua-wien.at/naturschutz-und-stadtoekologie/vogelanprall-an-glasfaechernvogelanprall-an-glasfaechern-kategorie-a>).
- 14.** **Baumschutz (I):** Es gilt die Verordnung der Gemeinde Schäftlarn über den Schutz des Bestandes an Bäumen (Baumschutzverordnung, BschVO) in der jeweils gültigen Fassung.
- 15.** **Baumschutz (II):** Bei Baumaßnahmen im Nahbereich von Bestandsbäumen sind die DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) sowie die RAS-LP4 (Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren) zu beachten.
- 16.** **Versorgungsleitungen:** Im Planungsgebiet befinden sich Versorgungsleitungen (Strom, Wasser, Telekommunikation, etc.). Die Lage bestehender Versorgungsleitungen ist vor Baubeginn durch den Bauherrn selbstständig zu ermitteln, der Versorger sind vorab zu informieren. Bei Aufgrabungen sind die erforderlichen Schutzabstände (i.d.R. 0,50m beidseitig der Kabelachse) zu beachten. Die Leitungen sind auf 2,50m beidseitig der Transversenachse von tiefwurzelnden Bäumen freizuhalten.

- 17.** **Nutzungsschablonen:**
Baufeld mit Nr. 0,25 — Zulässige Grundflächenzahl (GRZ) pro Baugrundstück, z.B. 0,20
zulässige Anzahl der Vollgeschosse, z.B. 2 — 682,0 — Zulässige Grundflächenzahl (GRZ) pro Baugrundstück, z.B. 0,20
- 18.** **Ermittlung der Grundflächenzahl (GRZ):** Gemäß § 19 Abs. 1 BauNVO gibt die GRZ an, wieviel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche im Sinne von Abs. 3 zulässig ist. Gemäß § 19 Abs. 3 BauNVO ist für die Ermittlung der Grundfläche die Fläche des Baugrundstücks maßgebend, die im Bauland und hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenbegrenzungslinie liegt. Ist keine Straßenbegrenzungslinie festgesetzt, gilt die tatsächliche Straßengrenze. Festgesetzte Grün- und Gehölzflächen zählen nicht zum Bauland und sind bei der Ermittlung der GRZ nicht als Bezugsgrundstück maßgeblich.
Bei mehreren Baufeldern auf einem Flurstück ist die ermittelte Grundfläche entsprechend auf die Baufelder aufzuteilen. Bei nachträglicher Resteile ist das neu entstehende Flurstück bzw. dessen Teil, welches als Bauland zählt, maßgeblich. Es gilt die GRZ, die für das Baufeld festgesetzt ist.
Bei Baufeldern, die über zwei Flurstücke verlaufen, sind beide Flurstücke zusammen als Bezugsgröße heranzuziehen (Parzellen 01, 02, 03 und 28). Vgl. Festsetzung Ziffer 1.1.1 in Verbindung mit Ziffer 1.2.2.
- 19.** **Vollgeschosse:** nach Art. 2 Abs. 7 BayBO sind Geschosse oberirdische Geschosse, wenn ihre Deckenoberkanten im Mittel mehr als 1,40m über die Geländeoberfläche hinausragen; im Übrigen sind die Keller- oder Untergeschosse.
- 20.** **Bemessung der Wandhöhe:** Sofern zulässige Widerkühle, Zwerchgiebel oder Dachaufbauten im Bereich des Schnittpunktes der Außenwand mit der Dachhaut liegen, ist die Verbindungslinie zwischen den nächst gelegenen entsprechenden Schnittpunkten außerhalb solcher Bauteile maßgeblich.
- 21.** **Ortsgestaltung:** Soweit der Bebauungsplan keine anderen Festsetzungen trifft, gilt die Örtliche Bauvorschrift zur **Ortsgestaltung** der Gemeinde Schäftlarn (ÖBV) in der jeweils gültigen Fassung.
- 22.** **Bestandsschutz:** Für Gebäude, die zulässigweise vor Inkrafttreten des Bebauungsplans errichtet wurden und den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht entsprechen, gilt Bestandsschutz. Im Falle eines Neubaus sind die Festsetzungen einzuhalten.
- 23.** **Freiflächengestaltungsplan:** Dem Bauantrag ist ein Freiflächengestaltungsplan beizulegen. Neben der Lage von Gebäuden, Terrassen und Zufahrten sowie der geplanten Durchgrünung, ist ein Höhenplan (Höhenmaße in mNHN) mit Darstellung des Bestandsgebietes sowie der geplanten Geländeangleichung vorzulegen.
- 24.** **Zulässigkeit eines Vorhabens:** Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit eines Vorhabens im Geltungsbereich des Bebauungsplans nach § 34 BauGB.
- 25.** Die DIN-Normen, auf welche die Festsetzungen und Hinweise Bezug nehmen, sind im Beuth-Verlag GmbH, Burggrafenstr. 6, 10787 Berlin erschienen und bei allen DIN-Normen-Auslegestellen kostenfrei einzusehen. Die Normen sind dort in der Regel in elektronischer Form am Bildschirm zugänglich.
• Deutsches Patent und Markenamt, Auslegestelle, Zweibrückenstraße 12, 80331 München. <http://www.dpma.de>
• Hochschule München, Bibliothek, Auslegestelle mit DIN-Normen und VDI/Richtlinien, Lohstraße 13d, 80333 München. <http://www.hs-muenchen.de>
• Gemeinde Schäftlarn, Stübgen Str. 50, 82069 Hörsching
Weiteres für den Bebauungsplan relevanten Regelwerke, wie die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) oder das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) stehen ebenfalls in der Gemeinde Schäftlarn zur Einsicht zur Verfügung.

Verfahrensvermerke

- 1. Aufstellungsbeschluss:** Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 27.10.2021 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes unter Anwendung des beschleunigten Verfahrens gem. § 13a BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 03.11.2021 ortsüblich bekannt gemacht.
- 2. Öffentlichkeitsbeteiligung:** Die Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 26.04.2023 hat in der Zeit vom 14.06.2023 bis 21.07.2023 stattgefunden.
- 3. Behördenbeteiligung:** Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 26.04.2023 hat in der Zeit vom 07.06.2023 bis 21.07.2023 stattgefunden.
- 4. Beratung über eingegangene Stellungnahmen:** Über die Stellungnahmen, die aus den Beteiligungsverfahren zu Ziffer 2 und 3 eingegangen sind, wurde am 15.11.2023 im Gemeinderat behandelt und eine erneute Auslegung unter Verwendung von § 3 Abs. 2 und § 4a Abs. 3 BauGB beschlossen.
- 5. Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung:** Die Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.11.2023 hat in der Zeit vom 15.12.2023 bis 10.01.2024 stattgefunden.
- 6. Erneute Behördenbeteiligung:** Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 15.11.2023 hat in der Zeit vom 14.12.2023 bis 10.01.2024 stattgefunden.
- 7. Beratung über eingegangene Stellungnahmen:** Über die Stellungnahmen, die aus den Beteiligungsverfahren zu Ziffer 5 und 6 eingegangen sind, wurde am 20.03.2024 im Gemeinderat behandelt und eine erneute Auslegung unter Verwendung von § 3, 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB beschlossen.
- 8. Erneute Öffentlichkeitsbeteiligung:** Die Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 20.03.24 hat in der Zeit vom 22.05.2024 bis 14.06.2024 stattgefunden.
- 9. Erneute Behördenbeteiligung:** Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 20.03.2024 hat in der Zeit vom 23.05.2024 bis 14.06.2024 stattgefunden.

10. Satzungsbeschluss: Da im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach Ziffer 8 und 9 keine Stellungnahmen vorgebracht wurden, die eine wesentliche Planänderung erforderten, hat der Gemeinderat in der Gemeinderatsitzung vom 26.06.2024 den Bebauungsplan in der Fassung vom 26.06.2024 als Satzung beschlossen.

Schäftlarn, den **24. JULI 2024**

Christian Fürst
Erster Bürgermeister

11. Ausgefertigt, Schäftlarn, den **24. JULI 2024**

Christian Fürst
Erster Bürgermeister

12. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wurde am **26. JULI 2024** ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Bei der Bekanntmachung wurde auf die Einsehbarkeit des Bebauungsplans hingewiesen. Ferner wurden dort auch die vorgeschriebenen Hinweise gem. § 44, Abs. 5 und § 216 Abs. 1 BauGB aufgenommen.

Schäftlarn, den **26. JULI 2024**

Christian Fürst
Erster Bürgermeister

Gemeinde Schäftlarn
Landkreis München

Einfacher Bebauungsplan Nr. 56 "Südliche Zeller Straße"

gemäß § 13a BauGB

erstellt: 26.04.2023
geändert: 15.11.2023
20.03.2024
26.06.2024

Bearbeiter/in:
Prof. Dr. U. Pröbstl-Haider
Dipl.-Ing. B. Reiser

Dr. Ulrike Pröbstl-Haider

Arbeitsgruppe für Landnutzungsplanung GmbH
Institut für Ökologische Forschung
HRB 298985
Geschäftsführung: Prof. Dr. Dipl.-Ing. Ulrike Pröbstl-Haider
Stadtplanerin SRL, Freie Landschaftsarchitekten BDLA
Gehweg 1
82433 Bad Kohlgrub
fon 0049-(0)8945-75 72 630
office@agl-gmbh.com | www.agl-gmbh.com